

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

20.3.1877 (No. 67)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. März.

N^o 67.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expeditio: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschreibungsgebühr: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter des Deutschen Reiches und der Schweiz, sowie unsere H. H. Agenten fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden vierteljährlich 3 Mark 65 Pfennig.
Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† Wien, 18. März. In der Konferenz des verfassungstreuen Klubs wurde der Antrag Sturm betreffend Abänderung des Delegationsgesetzes nach vierstündiger Debatte mit 102 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende bemerkte vor der Abstimmung, daß es den Unterzeichnern des Antrages vollkommen überlassen bleibe, denselben im Hause einzubringen.

† Paris, 18. März. Die „Agence Havas“ erfährt, daß die englischen Vorschläge bestätigt sein sollen. Die Botschafter erwarten die Autorisation ihrer respektiven Regierungen zur Unterzeichnung des Protokolls, welche vermutlich heute oder morgen eintreffen soll.

† London, 18. März. Der General Izmailoff wohnte gestern einer im Auswärtigen Amte veranstalteten Festlichkeit bei, reiste Abends nach Hatfield, diniert morgen bei Lord Beaconsfield, wird Dienstag von der Königin in Audienz empfangen werden und reist Donnerstag Vormittag nach dem Kontinent ab.

† St. Petersburg, 17. März. Dem „Regierungsanzeiger“ zufolge ist der Gesundheitszustand bei der Scharnec durchaus befriedigend.

Deutschland.

Karlsruhe, 16. März. Am 12. d. Mts. ist in Bremen Herr Wilhelm Krosch, Inhaber der Firma Meyer und Krosch, gestorben, welchem seit dem Jahre 1870 der Posten eines Großherzoglich Badischen Konsuls an jenem Plage übertragen war.

Berlin, 17. März. (Reichstag. 11. Sitzung.)

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.
Das Haus beauftragt seinen Gesamtvorstand, dem Kaiser und Könige zu seinem bevorstehenden 81. Geburtstag die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

Der Reichstagspräsident theilt in einem Schreiben an das Präsidium des Hauses mit, daß er die nöthigen Schritte gethan habe, um den preussischen Justizminister zur Spitzirung des gegen den Abg. Stödel anhängigen gerichtlichen Verfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Reichstags-Session zu veranlassen.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein: erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen. Derselbe bestimmt, daß Landesgesetze für Elsaß-Lothringen mit Zustimmung des Bundesrathes und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden können, wenn der durch den kaiserlichen Erlass vom 29. Okt. 1874 eingeführte Landesauschuß denselben zugestimmt hat. — Das Wort nimmt zunächst der Staatssekretär Herzog, um darauf hinzuweisen, daß dieser Ge-

setzentwurf eine sehr verschiedene Beurtheilung erfahren habe. Vom Bundesauschuß sei er einstimmig gutgeheißen, aber nur als eine Vorschlagszählung betrachtet worden. Die Regierung halte an der Ueberzeugung fest, daß der Entwurf in richtiger Zeit sei, und stelle ihn jetzt der Beurtheilung des Hauses anheim, weil sie hoffe, daß ihn dasselbe gutheißen werde. Der Kommissar hält sodann einen Rückblick auf die historische Entwicklung der Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen. Das Gesetz vom 9. Juni 1871. betr. die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reich, hat vorgesehn, daß nach Einführung der Verfassung bis zur anderweitigen Regelung dem Reich das Recht der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen auch in den der Reichsregierung nicht unterliegenden Angelegenheiten zuzustehen solle. Dem entsprechend sind seit dem 1. Jan. 1874 die Landesgesetze für Elsaß-Lothringen unter Mitwirkung des Bundesrathes und des Reichstags erlassen worden, nach der mittelst kaiserlichen Erlasses vom 29. Okt. 1874 erfolgten Einrichtung des Landesauschusses mit der Maßgabe, daß letzterem die Entwürfe vorher zur gutachtlichen Beratung vorgelegt würden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen lassen es indessen als zweckmäßig erscheinen, auf eine Aenderung der bestehenden Einrichtung Bedacht zu nehmen, einerseits zur Erweiterung des Wirkungsbereiches des Landesauschusses, andererseits zur Verminderung der Mitwirkung des Reichstags bei der Elsaß-Lothringischen Gesetzgebung. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf würde die Mitwirkung des Reichstags nur noch in den Fällen der Verordnungen, die dem Landesauschuß und dem Bundesrath beschließen, der Regierung würde es jedoch auch fernern freistehen, diese Mitwirkung direkt in Anspruch zu nehmen, wenn die Umstände es wünschenswert erscheinen lassen. Auf diesem Wege würde mit der Entlassung der gesetzgeberischen Arbeit erreicht, bei welcher dem Landesauschuß eine weitgehende Theilnahme eingeräumt würde, ohne daß die Interessen des Reichs und des Reichstages beeinträchtigt werden. Die Regierung könne dem Landesauschuß das Recht der vollständigen Autonomie so lange nicht einräumen, als der größte Theil der Bevölkerung auf der Zustimmung beharre, der sie im Jahre 1874 Ausdruck gegeben hat. Elsaß-Lothringen sich selbst überlassen, würde nichts anderes heißen, als die Reichslande vom Reich loszureißen. Er bitte, dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Gestalt anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Bergmann (Straßburg) verliest eine Rede, worin er das Haus bittet, den Reichslanden seine Unterstützung zu Theil werden zu lassen und dahin zu wirken, daß die bestehenden eigenthümlichen und durch Jahrhunderte ausgebildeten Verhältnisse, die ihre Berechtigung haben, nicht beseitigt werden, ohne der Zustimmung der gesetzmäßigen Landesvertretung sich vergewisser zu haben. Der Gesetzentwurf habe dem Landesauschuß vorgelegen und sei von diesem angenommen worden in der Hoffnung, daß er dazu führen werde, die freiständige Entwicklung der Gesetzgebung des Landes zu fördern. Er gibt sich der Hoffnung hin, daß der Bundesrath wie auch der Reichstag ihr Theilnahme in dem Uebergehen Wohlwollen widmen werden, daß die Stellung der Reichslande zum Reich baldigst einer allhöflichstenden Lösung zugeführt werde. (Beifall.)

Abg. Simonis (Protektor) spricht sich gegen die Vorlage aus, indem er dieselbe Klagen über die Verwaltung vorbringt und die Thätigkeit des Landesauschusses als eine unrichtige darstellt. Wenn die Mitglieder des Landesauschusses irgend etwas unternehmen wollen, was der Regierung nicht gefällig ist, so kommt gleich die Drohung: Nehmt euch in Acht! Dem gegenüber biete der Reichstag den einzigen Schutz, wenn man an diesen die Entscheidung überweist; denn hier kommen die Meinungen aller Fraktionen zur Geltung, während bisher nur die einseitige Meinung der Regierung maßgebend war,

welche in diktatorischer Weise verfügte und handelte. Wir sind zum Staat gemacht worden, aber wenn wir die Selbständigkeit eines Staates verlangen, dann kommt dieselbe Regierung, welche immer die Macht des Staates so hoch hält, und verweigert uns in allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln diese Selbständigkeit. Was fürchten Sie denn von unserer Selbständigkeit? Was müssen wir denn für Anschauungen uns aneignen, um unsere Selbständigkeit zu erlangen? Er stellt für die zweite Beratung einen von ihm und seinen Kollegen aus Elsaß-Lothringen formulirten Abänderungsantrag auf. (Beifall.)

Abg. Schneegans: Der Redner hat verschiedene Vorwürfe gegen den Landesauschuß von Elsaß-Lothringen hier ausgesprochen, und wir haben doch alle Veranlassung, unsere Mitbürger, welche in dem Landesauschuße sitzen, hier nicht heranzuziehen. Was von unsern speziellen Landdeuten gemacht wird, wir werden es nach Kräften vertheidigen. Die Männer, welche im Landesauschuße sitzen, haben von Anfang an ihre volle Schuldbiligkeit gethan. (Beifall.) Wenn ich es auch nicht billige, daß den Mitgliedern des Landesauschusses der politische Eid auferlegt worden ist, so muß der Ausschuß doch als die richtige und ehrenhafte Vertretung des Landes anerkannt werden, und deshalb wollen wir denselben so große Macht, wie möglich, in die Hand geben, und weil wir in der Vorlage die Möglichkeit dazu sehen, deswegen stimmen wir für dieselbe. Wir wollen nicht sagen, daß der Gesetzentwurf unser Ideal sei, allein er eröffnet uns eine Pforte, in welche wir eingehen können. Vom Standpunkte der höheren Politik aus ist die Vorlage allerdings ungenügend, aber ich glaube, wir dürfen uns nicht auf diesen Standpunkt stellen, sondern wir müssen etwas mehr praktische Politik treiben. Die Mäßigung ist für Elsaß-Lothringen ein Akt der Nothwendigkeit. Die Sympathie Deutschlands für die Reichslande besteht nicht mehr in dem Grade, wie im Jahre 1870 (Oho), und wir müssen uns deshalb eine gewisse Mäßigung auferlegen. (Sehr wahr!) Wir müssen uns auf den Standpunkt der englischen Politik stellen und das Bestehende zu verbessern und zu vollenden suchen. (Beifall.) Es gibt zwei politische Systeme, unter denen wir zu wählen haben. Das eine System ist: wir wollen Alles oder Nichts, und das andere System ist die Politik der Opportunität. Wir haben immer das letztere System verfolgt und werden es auch ferner verfolgen. Der ungarische Staatsmann Franz Deak sagte im Jahre 1848: „Meine Politik ist die Politik der Vorsicht, welche uns gebietet, wo es nur immer möglich ist, einen Schritt vorwärts zu thun, aber niemals zurückzugehen. Auf diese Weise kommt man zwar langsam, aber sicher zum Ziele.“ Für diese Politik hat sich der deutsche Reichstag ausgesprochen. Wir brauchen in unserm Lande Reformen und um diese einführen zu können, müssen auch wir diese Politik folgen. Etwas, was wir mit großer Freude begrüßt haben, das ist die Einführung des Schulzwanges in Elsaß-Lothringen. Wir leiden aber in Elsaß-Lothringen an einem organischen Uebel, weil die verschiedenen Verwaltungsglieder bei uns nicht in einander greifen; und an einem geistlichen Uebel, denn wir haben so viele Gesetze, daß wir sie gar nicht kennen. Zur Charakterisirung seiner Partei bemerkte schließlich Schneegans noch Folgendes: „Wir sind keine Regierungspartei und keine systematische Oppositionspartei, sondern eine solche, die vorwärts gehen will. So lange die Regierung vorwärts geht, werden wir dieselbe unterstützen.“ (Beifall.)

Abg. Duncker: Elsaß-Lothringen habe immer Sympathien im Hause besessen und wenn diese Sympathien zuweilen ein wenig getrübt worden seien, so habe dies nur an den Wahlen der Reichslande gelegen, welche Vertreter in den Reichstag gebracht hätten, mit deren Ansichten sich der deutsche Reichstag nicht befreundet, denselben er nicht zustimmen könne. Das Auftreten der autonömißlichen Abgeordneten im Hause habe die Sympathien der liberalen Parteien für die Reichs-

In Baden.

Von Josephine Gräfin Schwerin.

(Fortsetzung aus Nr. 66.)

Arnold wurde von unglücklicher Angst gepeinigt, und als der am nächsten Morgen herbeigerufene Arzt erklärte, daß neben einer starken Erkältung, wozu eine heftige Gemüthsaufrregung die Krankheit hervorgerufen, aber wenigstens ernter gekalter haben müsse, machte er sich die bittersten Vorwürfe über die am Tage vorher stattgehabte Scene. Frau Herbig wurde zur Pflege herbeigerufen und sie und Arnold verbrachten hange Tage und Wochen an dem Krankenbette. Wenn er mit ängstlichen Blicken den Arzt beobachtete, während er neben Emma saß, und ihm dann, Mal auf Mal sagt: „Doktor, meine Frau darf nicht sterben, Sie müssen sie mir erhalten, ich werde wahnsinnig, wenn sie stirbt“, schüttelte dieser verwundert den Kopf und meinte im Stillen, er habe nie geglaubt, daß Graf Vergedorf seine Frau so unerschrocken liebt. Er ahnte freilich nicht, was in Arnold vorging, daß er sich selbst als den Urheber von Emma's Krankheit ansah und die in jener Stunde gesprochenen Worte, die er freilich auch jetzt, bei ruhiger Ueberlegung, noch gerechtfertigt finden mußte, bitter bereute. Wenn sie leben blieb, so sollte Alles anders werden, sie sollte nie mehr ein hartes Wort von ihm hören, sie sollte ihren Weg unbehindert gehen, er hatte sich freiwillig dies Gesicht gewählet, so wollte er es auch tragen!

Endlich, nach drei Wochen voll Sorgen und Angst trat eine günstige Wendung des Zustandes ein. Als Emma zum ersten Male mit einem bewußten Blicke das Auge aufschlug und leise: „Arnold“ sagte, erfüllte ihn ein unansprechliches Glück, ein heißes Dankgefühl. Er bedeckte ihre Hände mit Küßen und nannte sie mit den zärtlichsten Schmeichelnamen. Die Liebe zu ihr war in ihm wieder in alter Stärke erwacht, und er empfand nur den einen Wunsch, Alles zu thun, was ihre Genesung fördern und ihre schwachen Kräfte heben

konnte. Er wich nicht von ihrem Bette und las jedes Verlangen aus ihren Zügen ab, noch ehe sie es ausgesprochen. Er hatte sich ja gelobt, fortan nur ihr zu leben, er wollte dies Gelübniß halten. Frau Herbig sah es mit inniger Befriedigung. „Bleibe!“, sagte sie, „Bleibe!“, sagte sie, „Bleibe!“

Als Emma anfing das Bett zu verlassen und täglich mehrere Stunden auf dem Sopha liegend zu verbringen, wollte er wieder zu arbeiten beginnen. Er hatte zwei Bilder zu der im Winter stattfindenden Ausstellung zu vollenden, und die Zeit drängte. So sagte er ihr, daß er sie unter ihrer Mutter sorgenden Pflege wohl aufgehoben wisse, er jetzt während der Vormittage in seinem Atelier bleiben wolle. Diese, in liebevoller und schonender Weise gemachte Mittheilung rief indes eine Fluth von Thränen, Vorwürfen und Verzweiflungsklängen hervor. Emma erklärte, nur er verstände es, ihre Leiden erträglich zu machen, nur in seiner Gegenwart könne sie dieselben wenigstens für Momente vergessen, sie schmolte mit ihm über seine Rücksichtslosigkeit, weinte und sagte — genug er blieb. Jeder erneute Versuch einer vernünftigen Vorstellung, daß er doch endlich zu seiner Arbeit zurückkehren müsse, führte zu einer ähnlichen Scene, die damit endete, daß er schwieg und blieb. Wollte er seine Bilder vollenden, so mußte er das Atelier in Emma's Zimmer verlegen, und auch selbst nach dieser Einrichtung gestattete sie es ihm nur ungern, daß er den Platz neben ihrem Sopha mit dem an der Staffelei verstaute. Mit dem Egoismus, der Kranken nur zu leicht eigenthümlich wird, richtete sie nicht nur ihre eigenen Gedanken allein auf sich selbst, sondern versagte dasselbe auch von allen Handgenossen, und als nun gar Frau Herbig in ihre Häuslichkeit zurückkehrte, da sie nun ihre Pflege nicht mehr durchaus bedurft wurde, Sehnsucht nach dem eigenen kleinen Heimchen empfangend, fortsetzte sie von Arnold eine unbedingte Fingabe an ihre Wünsche. Dünkte er sich auch dabei oft

wie ein Gefangener, für den es keine Erlösung mehr gab, so bedurfte es doch nur eines Blickes auf ihre bleichen, müden Züge, aus denen der Jugendreiz jetzt so ganz gewichen war, um ihn an ihre Seite zu führen und ihm unzählige Liebesworte zu entlocken, die sie erwiderte, wie in früheren glücklichen Tagen. Freilich wurde es ihm selbst schwer und bekommen dabei, und in ihm dümmerte die Frage auf, wozu wirkliches Gefühl, wieviel wahre Liebe in diesem zärtlichen Wesen sei. Mit der Despotie, die sie Liebe nannte, wußte sie ihn jedesmal, wenn er den Versuch machen wollte, sich auf einem einsamen Spaziergange oder im Kreise seiner Freunde Erfrischung zu holen, bald durch Bitten und Thränen, bald durch Schmolten bei sich zurückzuführen, und fühlte er auch die Last dieses Lebens von Tage zu Tage schwerer auf sich liegen, so meinte er doch das Versprechen, das er sich in jenen Stunden qualvoller Angst und peinigender Selbstvorwürfe gegeben, halten zu müssen. Sie sollte glücklich sein — auf ihre Weise, er wollte es nicht mehr versuchen, den Rest seines Glückes auf Kosten des ihren zu wahren. (Fortsetzung folgt.)

[L a u b e n p o s t.] Aus Warschau wird uns geschrieben: Man beschäftigt sich hier gegenwärtig damit, zu militärischen Zwecken in ziemlich umfassendem Maße eine Taubenpost einzurichten, die dann auch in allen übrigen Militärbezirken eingeführt werden soll, wenn sie sich hier bewährt. Man hat um 2400 Rubel Brieftauben in Belgien angekauft und weitere 400 Rubel für den Transport der Thiere nach Warschau ausgegeben. Für die Erhaltung der Taubenpost während der ersten drei Jahre sind je 15,000 Silberrubel veranschlagt, für jedes weitere Jahr 12,000 Silberrubel. Man setzt auf das Gelingen dieses Experimentes große Hoffnungen; nur erklären die russischen Taubenjäger sehr nachdrücklich, es sei ganz überflüssig, größere Geldbeträge für fremdländische Tauben auszugeben, da sich die einheimischen, wie überhaupt die gewöhnlichen Tauben aller Länder, bei entsprechender Abzucht zum Postdienste ebensoviele eignen. Es soll darum im Kleinen auch ein Experiment mit ordinären Tauben angestellt werden.

Landes wieder gehoben. Redner sei überzeugt, daß die Majorität der Elsaß-Lothringer nicht denke, wie die Abg. Gerber und Simonis. Es sei zu hoffen, ja, es sche feht, daß die verhältnißliche Stimmung in den Reichstagen noch immer weiter zur Geltung kommen und schließlich völlig prävaliren werde im politischen Leben. Er sage mit dem Abg. Schneegans: „Alles, nur keinen Schritt zurück!“ Nach diesem Grundsatz richte sich auch sein Verhalten zur Vorlage. Wenn er auch einerseits keinen Anstand nehme, zu erklären, Angesichts der exceptionellen Lage der Reichstagslande dürfe dem Reichstage nicht ganz das Recht genommen werden, auch bei manchen Landesgesetzen für Elsaß-Lothringen ein Wort mitzusprechen, so wünsche er doch andererseits, daß das Haus der Regierung bei der heutigen Vorlage entgegenkommen möge. Er sei für Annahme der Vorlage, aber eben unter dem Vorbehalt, daß der Reichstag wenigstens das formelle Recht behalte, auch in die eilfährige Landesgesetzgebung einzugreifen. Schon dieses Recht allein werde hoffentlich genügen, zwischen der Regierung und dem Landesauschuß das Einverständnis aufrecht zu halten. (Beifall.) v. S e l b o r f f spricht sich für die Vorlage aus. Sicherlich würden sich auch die Gegner derselben noch für dieselbe erwärmen können, wenn eine nähere Verständigung darüber Platz greife. Es sei daher für eine Verweisung der Vorlage in eine Kommission und beantrage demgemäß, die zweite Lesung von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Frhr. v. S t a u f f e n b e r g. Ich bin mit dem Abg. Duncker einverstanden, daß die Gesinnungen des Wohlwollens für Elsaß-Lothringen bei uns noch eben so stark sind als früher. Wenn nun die Angelegenheiten mit Wohlwollen hätten geordnet werden können, so wäre dies gewiß geschehen. Allein es gehört doch noch etwas mehr dazu, als das bloße Wohlwollen. Bei der eigenthümlichen Erwerbung des Landes und seiner notwendigen Gestaltung als Reichslande sind die Verhältnisse so schwierig geworden, daß ihre definitive Ordnung zu den bis jetzt ungelösten Räthseln gehört. Es ist nicht möglich, die Lösung mit einem Schläge herbeizuführen; wir müssen auch mit diesem Gesetzentwurf noch ein Provisorium schaffen, zu einem Definitivum hat uns noch Niemand einen Vorschlag gemacht. Als der Gesetzentwurf im vorigen Jahre von der Regierung vorgelegt wurde, waren die Verhältnisse wesentlich andere, als heute. Damals glaubte Niemand daran, daß der Gesetzentwurf in dieser Gestalt zum Gesetz erhoben werden könne. Nun konstatire ich aber mit einer gewissen Genugthuung, daß die Situation sich wesentlich geändert hat und daß die Vorlage jetzt wohl Annahme finden konnte, und zwar weil die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen angefangen hat, den rein negativen Standpunkt zu verlassen, welchen sie noch bei den vorigen Wahlen eingenommen hat. Der Abg. Bezanson hat zwar auch in diesen Tagen eine Art Protest wiederholt, er hat gesagt, daß die Wahlen gezeigt hätten, daß die Bevölkerung noch auf demselben Standpunkt stehe, als im Jahre 1874. Trotz dieser Versicherung ist die Situation doch eine wesentlich andere. Damals haben die Herren den Protest erhoben und darauf förmlich das Haus verlassen, heute sehe ich zu meiner Freude, daß keiner der Herren das Haus verlassen hat und daß sie sich auf den Boden der Thatsachen gestellt haben, daß sie Mitglieder eines deutschen Reichstages sind, wir haben nun heute eine Reihe von Klagen über die Verwaltungszustände in Elsaß-Lothringen gehört; sie sind nicht neu und zum Theil auch begründet. Bedenken Sie aber die schwierige Verwaltung mit ungleichmäßig geschnitten Beamten, die außerdem der Bevölkerung gegenüber stehen. Der Gesetzentwurf ist nach dem, was wir heute gehört haben, in seiner Tendenz zu billigen, obgleich man über die Mittel und Wege, welche einzuschlagen, auseinander gehender Meinung sein kann, was der Weg, den die Regierung vorgeschlagen, doch zu empfehlen. Die zweifelhafte gesetzliche Stellung des Landesauschusses könnte noch weiter geklärt werden als der Regierungsentwurf angibt, ferner muß das Recht des Reichstages namentlich in Bezug auf die Initiative deutlich ausgesprochen werden. Der Schwerpunkt der Beschlussfassung über die Gesetze müsse im Landesauschuß verbleiben, dessen Thätigkeit seither eine vortheilhafte war, so z. B. habe der Reichstag keine Informationen über das Budget der Reichslande nur aus den Verhandlungen des Landesauschusses schöpfen können. Redner ist der Meinung, daß von dem Tage an, an welchem der Gesetzentwurf Gesetz werde, der erste Schritt zur autonomen Entwicklung geschehe, ein Schritt, der, wenn das Land ihn im richtigen Sinne auffaßt, in keinem Falle mehr zurückgehen werden kann.

Abg. Graf R u z b u r g konstatirt die diametral entgegengesetzten Anschauungen, welche unter den verschiedenen Vertretern der Reichslande über den Gesetzentwurf herrschen, und damit die Schwierigkeiten für den Reichstag, zu einem Urtheile über denselben zu gelangen. Er empfiehlt Ablehnung der kommissarischen Vorberatung und Ablehnung der zweiten Beratung von der heutigen Tagesordnung.

Hiermit schließt die erste Beratung. Das Haus beschließt, die zweite Beratung der Vorlage im Plenum vorzunehmen; dieselbe jedoch von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Es folgt der Antrag der Abg. W i n t e r e r, D o l l s u s u. Gen.: „Den Reichstagskanzler anzufordern, dahin zu wirken, daß das Gesetz vom 30. Dez. 1871 betr. die Einrichtung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen abgeändert werde (speziell in Bezug auf §§ 5, 6, 8, 10, 13, 14 und 15.“

W i n t e r e r empfiehlt die Annahme dieses Antrages damit, daß die Reichslande nach dem gedachten Gesetze fast ganz der Willkür des Oberpräsidenten anheingelassen wären und daß Beschwerden über denselben, die an den Reichstagskanzler zu richten seien, damit eigentlich nur von Pontius zu Pilatus gebracht, d. h. erfolglos wären. Redner tritt in längerer Ausführung die einzelnen Paragraphen des Gesetzes vom 30. Dez. 1871, um die Gefährlichkeit einer schrankenlosen, willkürlichen Interpretation derselben zu zeigen, und beantragt schließlich, den Antrag in eine Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung zu verweisen. Bundesbevollmächtigter Unterstaatssekretär F e r z o g erklärt den Antrag für parlamentarisch nicht verwerthbar, da die Antragsteller nicht vorschlagen, was sie an die Stelle der bemängelten Paragraphen gesetzt wissen wollen. Er ersucht das Haus, den Antrag einfach abzulehnen. D u n d e r versteht den Antrag auf Kommissionsverweisung nicht. Zunächst sollten die Antragsteller ihre Anträge und Wünsche doch bestimmt formuliren, dann sei eine solche geschäftliche Behandlung derselben zu verstehen; im Uebrigen werde man ja aus den vorangegangenen Debatten die Ueberzeugung schöpfen, daß man in nicht zu ferner Zeit in Elsaß-Lothringen zu gesetzlichen Zuständen gelangen möchte, welche derartige Anträge überflüssig machen. R e i c h e n s p e r g e r erklärt sich unter Bekämpfung der Anschauung Duncker's für den Antrag.

Hierauf wird die Debatte beschlossen, und nach einer Bemerkung

W i n t e r e r's, daß er und die Antragsteller die Formulirung neuer Vorschläge der Regierung oder der Kommission überlassen wollten, wird der Antrag auf Verweisung an eine Kommission abgelehnt.

Berlin, 17. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Ansichten in Bezug auf das Gesetz über den Sitz des Reichsgerichts scheinen sich zu Gunsten Berlins zu gestalten. Die vorläufigen Berechnungen der Abstimmung im Reichstage haben sich, wie es nicht anders möglich war, auf mehr oder minder willkürliche Vermuthungen und nicht auf bestimmte Anzeichen gestützt. Nachdem nun aber die Beratungen der Frage in den verschiedenen Fraktionen positive Anhaltspunkte gewähren, stellt sich mehr und mehr die Wahrscheinlichkeit heraus, daß sich bei der zweiten Lesung eine geringe Mehrheit für Berlin ergeben wird.

Berlin, 18. März. Zur Feier des 81. Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers werden J. J. M. W. der König und die Königin von Sachsen am 20. März Abends 9^{3/4} Uhr aus Dresden hier eintreffen und im königl. Schlosse Wohnung nehmen. Se. königl. Hoh. der Prinz Georg von Sachsen hat seine Ankunft in Berlin zum 21. d. Mts., Abends 6^{1/2} Uhr, angefragt. Im Laufe des 21. treffen auch die groß. mecklenburg-schwerin'schen und die groß. badischen Herrschaften nebst den meisten andern erlauchten Gästen hier ein. Se. Maj. der König von Schweden, dessen Besuch am hiesigen Hofe von Stockholmer Blättern für den Geburtstagsfeier Sr. Maj. des Kaisers in Aussicht gestellt war, kommt auf der Reise nach Heidelberg erst am 26. März in Berlin an.

Gestern Vormittag vereinigte sich der Bundesrath's-Ausschuß für Handel und Verkehr zu einer Sitzung. In der vorgestern vom Bundesrath abgehaltenen Plenarsitzung wurden nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung einige neue Vorlagen an die betreffenden Ausschüsse überwiesen. Unter diesen Vorlagen befand sich die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1873. Der Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen über den Gewerbesteuertrieb im Umherziehen ist den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Elsaß-Lothringen zugegangen. Bei den Verhandlungen in der vorgestrigen Bundesrath's-Sitzung wurden zunächst die Anträge in Betreff der als gemeinsame Kosten des Krieges gegen Frankreich aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung zu erscheinenden Ausgaben, so wie in Betreff der gemeinschaftlichen Einnahmen an Zöllen und Steuern und in Betreff der Verwaltungsausgaben für die Finanzjahre 1872 und 1874 angenommen. Dann folgte die Annahme des vom Ausschusse für Justizwesen gestellten Antrags: die zwischen Preußen und Sachsen obshwebende Streitfrage in Betreff der Berlin-Dresdener Eisenbahn zur Entscheidung der Rechtsfrage an das Hanseatische Ober-Appellationsgericht in Lübeck zu verweisen. Auch Preußen und Sachsen stimmten für diesen Antrag. Im Weiteren wurde der Antrag des Rechnungsausschusses wegen Vertheilung der im Jahre 1875 aus den Kriegskosten-Entschädigungsgeldern erwachsenen Zinsen genehmigt. Ebenso erfolgte die Annahme der Vorlage über eine durch die Verlegung des Etatsjahres bedingte Aenderung der Instruction für den Rechnungshof; über die Aenderung der in Elsaß-Lothringen bestehenden Gesetzgebung für die Weinsteuer und über die Errichtung von Apotheken in Elsaß-Lothringen. Gegen den Schluß der Sitzung wurden Kommissäre für die Berathung von Vorlagen im Reichstage gewählt.

Auf der Tagesordnung für die morgen stattfindende Sitzung des Reichstages steht u. A. die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Wahl des Sitzes für das Reichsgericht. Wie verlautet, wird der Abg. Dr. Löwe den Antrag einbringen, gegenüber der für Leipzig lautenden Vorlage Berlin zum Sitz des Reichsgerichts zu bestimmen. — Es verlautet nunmehr mit Bestimmtheit, daß der Chef der Admiralität, General v. Stosch, bei seinem Rücktritt beharre. Als seinen Nachfolger in der Marineverwaltung nennen Einige den General der Infanterie v. Bose in Kassel, Andere den Generalmajor v. Boigt's-Rhth im Kriegsministerium.

Berlin, 18. März. Ueber den Zeitpunkt, wann die Verhandlungen über den neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag stattfinden sollen, herrscht hier noch immer Ungewißheit. Die letzten offiziellen Mittheilungen aus Wien melden, daß dort soeben die Kommissäre für Eis- und Transleithanien zusammengetreten sind und daß erst nach Abschluß dieser Beratungen über den Zusammentritt der deutsch-österreichischen Delegirten Verabredungen getroffen werden können.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird dem Triumphgeschrei der französischen Presse über die vom Reichstagskanzler gesprochenen Worte von der Verschiedenheit der deutschen Stämme, dem Stern des Partikularismus, der Ebbe in der Reichseinheit u. s. w. ein ernster Warnungsruf zugesandt, der hier besondere Aufmerksamkeit erregt hat. Man glaubt, daß die offiziöse Erinnerung an die Kriegsproklamation Napoleons II. vom 25. Juli 1870 nicht ohne Absicht erfolgte, weil darin die Spekulation auf die Uneinigkeit Deutschlands rücksichtslos auftrat. Heute versucht man seitens der französischen Ultramontanen abermals die Lücke zu entdecken, wo ihre Intrigue mit gewissen Sympathien oder Antipathien an den deutschen Höfen zu rechnen im Stande wäre. Die Klerikalen jenseits der Vogesen glauben nämlich, daß eine Reihe deutscher Bundesstaaten erst dann der „Alls nivellirenden Zentralisation“ entgegen werde, wenn anstatt des Bundesrathes neben dem Reichstage die Institution eines Staatenhauses eingeführt würde. Eine solche Pairskammer des deutschen Reichs (in welcher der Bundesrath aufgehen soll), deren Mitglieder theils von den Fürsten ernannt, theils von den Landtagen gewählt würden, könnte erst dem berechtigten Partikularismus der deutschen Fürsten eine dauernde Existenz verleihen. Man sieht, daß die französischen Klerikalen von dem gesinnungsverwandten Staatsmann zu lernen wissen, der jene Idee, wenn auch in

anderem Gewande, stets auf das parlamentarische Tapet brachte.

Wohl um Material für die demnächst im Reichstage anlässlich vieler Petitionen zu erwartenden Debatten über den Zimpfwang beizubringen, theilt der neueste „Reichsanzeiger“ in seiner „besonderen Beilage“ die „Boten sämmtlicher legitimen Schweizer Aerzte betr. die Zimpfung“ mit. — Die im Reichstage zirkulirende Liste zur Theilnahme am parlamentarischen Festmahl im Englischen Hause zu Ehren des 81. Geburtstages des Kaisers hat sich mit Unterschriften aus allen Parteien bedeckt. — Die Wahl des Abg. Hafenclever wird kaum vor Ostern in der Wahlprüfungs-Kommission zur Verhandlung gelangen, weil der Referent Herr Raporte noch nicht in der Lage sein soll, seinen Bericht erstatten zu können. Der verehrliche Abgeordnete sucht unangesehen nach neuem Beweismaterial, indem er im 6. Berliner Wahlkreise persönlich Erkundigungen einzieht. Er verfügte sich deshalb wiederholt nach den öffentlichen Versammlungsorten der betreffenden Urwähler, und dies hat seitens der Socialdemokraten zu dem Gerichte Veranlassung gegeben, daß Herr Raporte bereits für den eventuellen Nachfolger Hafenclever's agitirte. Man bestreitet die Richtigkeit dieses Gerüchtes, welches jedenfalls nur der ungemeinen Thätigkeit und Sorgfalt des Referenten für einen ausführlichen Bericht zu verdanken ist.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. März. Aus Konstantinopel ist dem Berner nach die, wenn auch nicht entscheidende, aber doch jedenfalls wichtige Eröffnung eingetroffen, daß die Pforte keinen Augenblick Anstand nehme, die Summe der Verheißungen, welche sie betreffs ihrer christlichen Unterthanen schon aus freien Stücken gegeben und durch welche sie sich diesen gegenüber gebunden erachte, auch in einem internationalen Akt in bindender und solennem Weise zu präzisiren.

Frankreich.

Paris, 18. März. Die „France“, sich selbst berichtend, versichert heut, der wahre Autor des in London zu Stande gebrachten Protokolls sei nicht der Herzog Decazes, sondern — die Frau Marquise von Salisbury. Die Angabe klingt seltsam genug, aber die „France“ war bisher während der ganzen Dauer der Ignatieff'schen Mission vorzüglich unterrichtet.

Wie der „Français“ meldet, hatte der Marquis von Salisbury Herrn von Chaudordy, seinem französischen Kollegen auf der Konferenz von Konstantinopel, eingeladen, den General Ignatieff nach dem Schloß Hatfield zu begleiten, Herr von Chaudordy dies aber aus diplomatischen Gründen, um nicht auf die französische Politik einen falschen Schein zu werfen, ausgeschlagen.

Der „Temps“ schreibt: Das Protokoll, wie es auf die Bemerkungen Englands revidirt worden ist, befindet sich schon jetzt in den Händen der beteiligten Diplomaten. Es erinnert an die Natur der von der Konferenz aufgestellten Reformen und erhält ihre Nothwendigkeit aufrecht, es thut keiner Feind Erwähnung, welche der Pforte für die Ausführung dieser Reformen zu bewilligen oder anzuerkennen wäre. Die Mächte sollen aber schon jetzt dahin übereingekommen sein, diplomatisch und ohne irgendwelche Drohung einen Druck auf die Entschiedenheiten der Pforte zu üben. Das Protokoll wird von den sechs auf der Konferenz vertretenen Mächten unterzeichnet und der Pforte nur zur Kenntnissnahme mitgetheilt werden; man rechnet aber darauf, daß die Türkei den gemäßigten Charakter dieses Schriftstückes anerkennen und im Hinblick auf das Einvernehmen der Mächte sich nicht bedenten werde, ihren Beitritt zu erklären. Auch von der Feind, in welcher die Ausrufung vor sich gehen soll, ist in dem Protokoll nicht die Rede; dieser Punkt sowie die Feind, binnen welcher die Mächte, wenn die Reformen von der Pforte nicht durchgeführt würden, sich über ihr weiteres Verhalten zu berathschlagen hätten, sollen einer besonderen Verständigung zwischen den Kabinetten der sechs Mächte vorbehalten bleiben. Wenn diese Angaben, wie wir allen Grund anzunehmen haben, richtig sind, so hat Russland Anspruch auf die Anzuerkennung Europas und Frankreich insbesondere für die wichtigen Zugeständnisse, die es auf die ursprünglichen Vorschläge des Generals Ignatieff gemacht hat.

Der Abgeordnete Paul de Cassagnac ist auf morgen vor den Untersuchungsrichter geladen.

In dem gemeinlich so stillen Centrum des Faubourg Saint-Germain herrschte gestern Abend große Bewegung: zwei offizielle Salons, die nur wenige Schritte von einander entfernt sind, machten sich die Elite der Pariser Gesellschaft streitig. In der Rue des Capes hielten in dem zierlichen Hotel der österreichischen Botschaft Graf und Gräfin Wimpfen ihren ersten Empfangabend, der bei der außerordentlichen Beliebtheit dieses jungen Paares nicht anders als glänzend ausfallen konnte. Herr und Frau vom Hause erschöpften sich in Lebenswürdigkeiten für ihre zahlreichen Gäste, unter denen außer den amtlichen Persönlichkeiten beinahe der ganze hohe Adel von Paris und einige österreichische Militäruniformen figurirten. Einem großen Theile dieser Gesellschaft begegnete man dann wieder in der Rue Grenelle Saint-Germain, wo der Unterrichtsminister Waddington neben der offiziellen die gelehrte und belletristische Welt der Hauptstadt in seinen Salons vereinigte und mit einer von Künstlern der Comedie française veranstalteten Theatervorstellung unterhielt.

Großbritannien.

London, 17. März. Die Krisis in der orientalischen Frage, welche durch die Herüberkunft General Ignatieff's nach England ihrem Ausgange näher gebracht worden ist, erwartet man hier fast durchweg günstig auslaufen zu sehen. Wie die Mehrzahl der Tagesblätter rath, auch Saturday Review die Vorschläge Russlands anzunehmen, wenn Russland wirklich mit seinen so gemäßigten Forderungen, wie sie in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, zufrieden sein sollte. Das Blatt hält es indes nicht für überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, daß es kaum möglich sein dürfte, in dem Abkommen Ausdrücke und Sätze zu vermeiden, welche nachträglich zur Unterstützung weitergehender russischer Ansprüche angeführt werden können. Durch einfache kühne Wiederholun-

gen ihrer Behauptungen habe die russische Regierung viele englische Politiker bereits davon überzeugt, daß sie vor dem Krimkriege eines unbefristeten Schutzes über die christlichen Unterthanen der Pforte sich erfreut habe. Einen wirklich stichhaltigen Grund für Friedenshoffnungen erblickt Saturday Review indes darin, daß es andererseits schwierig sein würde, zu verstehen, weshalb die russische Regierung ihre kriegerischen Entschlüsse, wenn sie dieselben endgültig gefaßt hätte, so ängstlich verborgen halten sollte. Nach der Moskauer Rede hätte ein Bruch mit der Türkei unvermeidlich geschehen. Es sei höchst unwahrscheinlich, daß irgend eine spätere Zeit bessere Gelegenheiten oder stärkere Beweggründe für ein Kriegsumnehmen bieten würde.

Eine bedeutende Anzahl von englischen Schiffen ist jetzt im Hafen von Valletta vereint: es sind Hercules, Triumph, Hotspur, Monarch, Rupert, Sultan, Hibernia, Antelope, Gruijer, Coquette und Wye.

(Parlamentsverhandlungen vom 16. März.) Im Unterhause werden verschiedene Interpellationen angekündigt. Professor Fawcett will nächster Tage die Aufmerksamkeit auf den in Lord Derby's und Lord Salisbury's Depeschen enthaltenen Beweis lenken, daß die englische Regierung der Ansicht sei, daß alle von der Pforte gemachten Reservationsbedingungen ohne Rücksicht fruchtlos sein werden, daß die Mächte ein Recht haben, im Interesse des europäischen Friedens angemessene Sicherheiten für bessere Regierung in der Türkei zu verlangen und daß die Miswirtschaft, welche solches Gend über die christlichen Unterthanen der Pforte gebracht habe, fortwährend wird, wenn nicht die europäischen Mächte solche Bürgschaften für bessere Verwaltung erlangen, wie sie auf der Konferenz angenommen wurden. — Mr. Serjeant Simon wird am Montag anfragen, ob die Regierung Mittelungen bezüglich der neulichen Vertreibung von Juden aus dem Innern Serbiens und Rumäniens erhalten habe. — Mr. Forster, vormaliger Unterrichtsminister, wird am Montag die Regierung befragen, ob es wahr sei, daß die Regierung Sir H. Elliot in Irland habe, binnen Kurzem nach Konstantinopel zurückzuführen. Unter den zur Erledigung kommenden Interpellationen ist hervorzuheben, daß der Marquis of Hartington seine Anfrage vom vergangenen Dienstag wiederholt: „Ob die Regierung jetzt im Stande sei, dem Hause weitere Mittheilungen betreffs des Standes der Verhandlungen in den türkischen Angelegenheiten zu machen?“

Der Schatzkanzler Sir Stafford Northcote erwidert: „Im gegenwärtigen Augenblick ist die Lage diese: Wir haben von der russischen Regierung einen Vorschlag erhalten, einem Protokoll beizutreten, welches den Anschauungen der Mächte bezüglich der Lage im Orient Ausdruck verleihen soll. Der Entwurf dieses Protokolls, wie es von der russischen Regierung vorgeschlagen wird, ward Lord Derby am vergangenen Sonntag ausgehändigt. Es ist von der Regierung in Erwägung gezogen und gewisse Abänderungen des Wortlautes sind in Vorschlag gebracht worden. Diese Amendements wurden dem russischen Botschafter zu Händen gegeben, der sie indes nur ad referendum nehmen konnte und jetzt weiteren Instruktionen seiner Regierung entgegensteht.“ — Mr. O'Shaughnessy (irischer Homeruler) bringt den Zustand des Volksunterrichts in Irland zur Sprache, welcher so unbefriedigend sei, daß die Zeit einer Einführung des Schulzwanges, mit der Zulassung von Ausnahmen auf Grund religiöser Strupel, für gekommen erachtet werden müsse. Er beantragt eine Resolution, daß Angehörige der in England und Schottland gegenwärtig Platz greifenden Fortschritte in der Volksbildung es gelte, die Maßregeln unter Beobachtung der Rücksichten auf Sparsamkeit und die Gratisunterstützung zu ergreifen, um die allgemeine Ausbreitung des Elementarunterrichts unter dem irischen Volke zu betreiben. — Die Debatte wird meist von irischen Mitgliedern geführt. — The O'Conner Don hält die Einführung des Schulzwanges für mindestens verfrüht. Er schlägt als genügende Maßregeln vor, daß die Bezahlung der Lehrer von der Zahl der schulpflichtigen Kinder abhängig gemacht werde und daß die Eltern theilweise zur Zahlung der Schulkosten herbeigezogen würden.

Mr. Butt (Führer der Homeruler) legt dar, der große Mangel im System irischer Volkserziehung sei, daß es freiwillige Bemühungen entmüthige. Der erste Schritt müsse, seiner Ansicht nach, eine Abänderung des gegenwärtigen Systems sein, so daß die Teilnahme aller Klassen gewonnen und der freiwilligen Erziehung ein Impuls gewährt würde. — Der Minister für Irland, Sir Richard St. John Brodrick, warnt vor Schwarzseherei. Obgleich ein großer Theil der Bevölkerung Irlands außer Stande sei, zu lesen oder zu schreiben, so sei doch die Besserung in der Volksbildung Irlands innerhalb der letzten 40 Jahre unverkennbar und hervorragend. Aus dem Tone der Diskussionen gewinne er die Ueberzeugung, daß der Ansicht des Hauses zufolge die Zeit noch nicht gekommen sei, die Einführung des Schulzwanges ernsthaft in Angriff zu nehmen und daß vorläufig nur an eine Art indirekten Zwanges gedacht werden könne. Er hofft zuversichtlich, daß in Kurzem derartige Änderungen in Erzwingung der Zahlung von Schulgeldern in Irland vorgenommen würden, welche einen regelmäßigen Schulbesuch herbeiführen würden. Mittlerweile sage er Seitens der Regierung sorgfältige Beachtung der Angelegenheit zu und verspreche, auf jede Weise mit dem Unterrichtsminister in Irland bezüglich der Sache zusammen zu wirken. — Nach einigen Bemerkungen anderer Redner erklärt Mr. O'Shaughnessy sich wegen des Ganges, den die Verhandlungen genommen, zufrieden und zieht seinen Antrag zurück. — (Schluß.)

Türkei.

† Konstantinopel, 14. März. Die Bewegung für Rückberufung Midhats und gegen Nedif Pascha und Mahmud Damad hält an. Viele Personen sind verhaftet und nach Rhodos geschickt worden. — Der Strike im Telegraphenamte, obwohl nicht allgemein, verursacht große Beschwerden. Viele Linien sind gänzlich unterbrochen und alle westlichen Botschaften verspätet sich um 24 Stunden.

Badische Chronik.

Heidelberg, 18. März. Die im Museum abgehaltenen 7 akademischen Vorträge haben in diesem Winter ein Reinertragniß von 817 M. 30 Pf. ergeben, wovon dem Bezirksvereine der Kaiser-Wilhelm-Stiftung 300 M., den Ueberschwemmten der Elbinger Niederung 250 M., der Rest dem hiesigen Frauenvereine zugewiesen wurde.

† Mannheim, 18. März. Der Stadtrath beschloß in seiner letzten Sitzung, am Tage des Regierungsjubiläums Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs den über 9 Jahre alten Schülern der Volksschule die von Hrn. Archivath v. Wech verfaßte Festschrift zu überreichen und hiezu 2500 Abdrücke derselben zu bestellen. — Wie in derselben Sitzung mitgetheilt wurde, hat Hr. August Scipio wiederholt und endgültig erklärt, daß er aus Gesundheitsrücksichten aus dem Hoftheater-Komitee auszutreten genöthigt sei; die erforderliche Ersatzwahl soll in nächster Stadtraths-Sitzung erfolgen. — Obgleich die durch den Weggang des Hrn. Kapellmeisters Fraul frei werdende erste Kapellmeisterstelle noch nicht zur Bewerbung ausgeschrieben ist, sollen doch schon nahezu dreißig Anmeldungen von Bewerbern erfolgt sein. — Der Gewerbe- und Industrieverein hat in zwei sehr stark besuchten Generalversammlungen den Entwurf neuer Statuten durchberathen und mit wesentlichen Modifikationen, namentlich bezüglich der Zusammenziehung des Vorstandes und der einzelnen Fachkommissionen, angenommen. Zur Reaktion auf Grund dieser Beschlüsse wurde ein eigener Ausschuss gewählt. In einer auf morgen berufenen Generalversammlung wird nunmehr die Wahl von 9 Vorstandsmitgliedern vorgenommen werden. Der Verein zählt gegenwärtig 299 Mitglieder. — Die Socialdemokraten begehen heute eine „Frühlingsfeier“, bei welcher Agitator Dreesbach einen Vortrag halten wird; namentlich handelt es sich hierbei um alles Andere eher, als um das Wiedererwachen der Natur.

† Freiburg, 18. März. Die Schlußprüfung an der hiesigen landwirthschaftlichen Winterschule (Reisenschule) findet am 26. d. M., Vormittags, in dem Prüfungsaale der höheren Bürgerschule statt. Nach dem als Einladung hierzu veröffentlichten Jahresberichte zählt die Anstalt 32 Schüler in 2 Kursen. Der erste Kurs zählt 20 Schüler, während der zweite oder Wiederholungskurs von 12 Schülern besucht wird. Der Unterricht des Schuljahres 1877/78 beginnt für den I. Kurs am 5. November, für den II. Kurs am 3. Dezember d. J. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Schörrgerichts wurde die Anklage gegen Anton Lindner von Steinshald wegen Mords verhandelt. Der Angeklagte war beschuldigt, am 18. Nov. v. J. seinen 11 Jahre alten Sohn vorsätzlich und mit Ueberlegung in den Rhein geworfen und dadurch getödtet zu haben. Als Motiv wird angenommen, daß sich der Angeklagte dadurch habe in den Besitz des einige hundert Gulden betragenden anerkannten Vermögens des Knaben setzen wollen. Der Angeklagte stellte die ihm zur Last gelegte That hartnäckig in Abrede, jedoch nicht ohne sich in Widersprüche zu verwickeln; sonstige direkte Beweise lagen nicht vor. Der von der Anklage geführte Indizienbeweis brachte den Geschwornen jedoch die volle Ueberzeugung von der Schuld Lindners bei und bejahte sie hiernach die an sie gestellte Schulfrage, worauf der Gerichtshof die Todesstrafe gegen den Angeklagten erkannte. Derselbe brach bei Verlesung des Todesurtheils in lautes Jammer und Wehklagen aus und beharrte auf der Beteuerung seiner Unschuld.

† Pörrach, 15. März. Das Dunkel, das über die That, von der ich Ihnen neulich Mitteilung machte, herrschte, daß nämlich zwei Personen einen Todkranken in der Nähe unserer Stadt gefühllos absetzten und dieser gleich darauf gestorben sei, ist gelichtet. Die Thäter sind Niemand anders als der Bürgermeister von St. Ludwig im Elsaß und der Polizeibeamte daselbst. Diese brachten den aus Hausstein begütigten Mann hierher und überließen ihn seinem Schicksal, behauptend, derselbe habe hierher verlangt, weil er im „Steinen Röhle“ Knecht gewesen sei. Dies ist aber unwar. Der Fall gleicht gewissermaßen dem in Ihrer gestrigen Nummer aus Mülhausen im Elsaß mitgetheilten und läßt einen bedauerlichen Blick in die Bosheit gewisser Menschen werfen.

Unter Spitalneubau erhielt von Hrn. Fabrikanten vom H. v. H. 10,000 M. zugelegt, zahlbar innerhalb 6 Monaten, wenn ihm ein Wiesenstück zunächst seiner Fabrik abgetreten werde. Dadurch würde die Schenkung für das Spital um etwa 3000 M. weniger, diese 3000 M. aber als Äquivalent für das abgetretene Grundstück dem Gemeindegroßhof zufallen. Hr. v. H. hat sich durch diese abermalige Wohlthat die Gemeinde zu anfrichtigem Danke verpflichtet. — Mehrere Gemeinden hatten bei der Oberpostdirektion in Konstanzen um eine zweite Post zwischen hier und Kandern, sowie um eine zweimalige Postverbindung zwischen hier und Hartingen petitionirt. Doch wurden die Gesuche abgelehnt, weil die Reichspost „bedeutende, ihren Nutzen unverhältnißmäßig überschreitende Kosten“ zu tragen hätte. Es müsse, wenn dem Gesuch entsprochen werden sollte, von den Gemeinden entweder Vergütung oder Rentabilitätsbürgschaft übernommen werden. Die Sache beruht daher einflusslos.

Vermischte Nachrichten.

— Rom, 18. März. Kapitän Boyton hat sich zuerst doch auch durch die Hoffische nicht von dem Versuche abhalten lassen, mit seinem Apparate die Meerenge von Messina zu durchschwimmen. Wie er unter dem 10. d. dem „Janus“ selbst telegraphisch, traf er Samstag früh trotz des sehr bewegten Meeres und nur einmal von einem Passate, dessen er sich glücklich erwehrt, belästigt, wohlbehalten in Messina ein.

† London, 17. März. Eine große Anzahl Tranernde versammelte sich gestern in Piccadilly zur Beerdigung der Baronin Rothschild. An achtzig Wagen wurden gestellt. Von der Landstamm-Anstalt, deren treue Schützlerin die Verstorbene gewesen, waren zwölf Knaben, von ihrem Lehrer geführt, erschienen; von der Rothschild'schen Jacht „Garina“ acht Matrosen, auch viele Pächter aus Aylesbury und andern Plätzen. Die Beerdigung geschah auf dem jüdischen Kirchhofe in Willesden.

† London, 17. März. Der Stationsvorsteher, durch dessen Nachlässigkeit das Eisenbahn-Wagglied von Radstock im August 1876 theilweise verurtheilt ward, ist gestern zu Gefängniß von einem Jahr verurtheilt worden.

Nachricht.

† Wien, 19. März. Der gestrige gemeinsame Ministerrath unter dem Vorstehe des Kaisers beschloß, die Delegationen im September einzuberufen und die Ausgleichsvorlagen sofort nach den Osterferien beiden Parlamenten zu unterbreiten. Die ungarischen Minister reisten nach Pesth ab. Szell kehrt Mittwoch nach Wien zurück, um die Bankverhandlungen zu beendigen.

† Zara, 19. März. Vorgestern kämpften Insurgenten und Türken erbittert zwischen Bonau, Ventura und Drez-

gnac. Die Türken zogen sich zurück. Beiderseits beträchtliche Verluste.

† Bern, 19. März. Anlässlich der Feier des 18. März fand eine Manifestation von Angehörigen der Internationale statt. Die Polizei schritt thätlich ein, wobei Gendarmen sowie Angehörige der Internationale verwundet wurden.

† Brüssel, 18. März, Abends. Gegenüber den Mittheilungen mehrerer Zeitungen, daß sich in dem Protokoll bezüglich der orientalischen Frage, welches den Mächten zur Zustimmung unterbreitet werden soll, eine Klausel über die Seitens Russlands, sowie der Pforte einzuleitende Abrüstung befände, will der „Nord“ erfahren haben, daß das Protokoll keine Stipulation dieser Art enthalten dürfte.

† Paris, 19. März. Nach Londoner Privatberichten wäre das Protokoll noch nicht unterzeichnet, da allein der österreichische Botschafter noch nicht die Ermächtigung seiner Regierung erhielt.

† London, 19. März. Die „Morning Post“ schreibt: Nach dem Eintreffen der russischen Antwort auf die englischen Abänderungsvorschläge des Protokolls beginnen sofort die Verhandlungen mit der Pforte.

† Konstantinopel, 19. März. Allgemeiner Annahme zufolge ist die Verständigung zwischen der Pforte und Montenegro durch das Einvernehmen Englands und Russlands erleichtert, so daß die Fortführung der Verhandlungen möglich ist. In diesem Falle würden, da der Waffenstillstand am Dienstag abläuft, die Truppen beordert, sich in der Defensive zu halten. Es wurden dreißig Senatoren ernannt, darunter einige Nicht-Muselmänner. Server Pascha ist zum Senatspräsidenten ernannt. Die Eröffnung des Parlaments findet Montag statt.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 19. März, die übrigen vom 17. März.)

Staatspapiere.

Preußen 4 1/2 % Oblig. Thlr. 104 3/8	Österr. 5 % Papierrente 54 1/2
Baden 5 % „ „ „ 105 1/2	„ 4 1/2 % „ „ 94 1/2
„ 4 1/2 % „ „ „ 102 1/2	„ 4 % „ „ „ 94 1/2
„ 4 % „ „ „ 96 1/2	„ 4 % „ „ „ 94 1/2
„ 4 % „ „ „ 96 1/2	„ 4 % „ „ „ 94 1/2
„ 3 1/2 % „ „ „ 1842 fl. —	„ 4 % „ „ „ 91
Bayern 4 1/2 % Obligat. fl. 101 1/8	„ 5 % „ „ „ 1871 86 1/2
„ 4 % „ „ „ 95 3/8	„ 5 % „ „ „ 1874 97 1/2
„ 4 % „ „ „ 105	„ 5 % „ „ „ 1885 v. 1865 101 1/8
„ 4 1/2 % „ „ „ 102	„ 5 % „ „ „ 1904r —
„ 4 % „ „ „ —	„ 5 % „ „ „ 1864 104 1/2
Raffan 4 % Obligationen fl. 96 1/2	„ 3 % „ „ „ 12 1/2
Gr. Hesse 4 % Obligat. fl. 96 1/2	„ 3 % „ „ „ 107
Österr. 5 % Silberrente 57 1/2	„ 4 1/2 % „ „ „ 101 1/2
„ 4 1/2 % „ „ „ —	„ 4 1/2 % „ „ „ —

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank 160 1/2	50 % Donau-Drau 48
Badische Bank 105 1/2	50 % Franz-Josef-Prior. 75
Deutsche Vereinsbank 71 1/2	50 % Kronpr. Altkauf-Prior. —
Paraschädel Bank 99	„ von 1876/8 —
Österr. Nationalbank 694	50 % Kronpr. Altkauf-Prior. 62 1/2
Österr. Kredit-Aktien 130	50 % „ „ „ „ 74 1/2
Österr. Kreditbank 85 1/2	50 % „ „ „ „ —
Deutsche Effektenbank 106 1/2	50 % „ „ „ „ —
4 1/2 % „ „ „ 500 fl. —	50 % „ „ „ „ —
4 1/2 % „ „ „ 250 fl. —	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 189 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 67 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 96 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 140	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 92 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 178 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 58	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 75 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 74 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 7 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 64 1/2	50 % „ „ „ „ —
5 % „ „ „ 67	50 % „ „ „ „ —

Anlehensloose und Prämienanleihe.

3 1/2 % Preuß. Präm. 100 Thl. —	Österr. 4 % „ „ „ 1854 —
Österr. 100 Thaler-Loose 109 1/2	„ 5 % „ „ „ 1860 100
Bayr. 4 % Prämien-Anl. 121 1/2	„ 100 fl. Loose v. 1864 255
Badische 4 % „ „ 121 1/2	„ „ „ „ 138
„ 3 1/2 % „ „ 189	„ „ „ „ 68 1/2
Braunschw. 20 Thl. Loose 154	„ „ „ „ 45.40
Großh. Hess. 25 fl. Loose 154	„ „ „ „ 39. —
Ansbach Gungelshaus Loose 24.40	„ „ „ „ 19. —
„ „ „ „ 24.40	„ „ „ „ 114 1/2

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pf. St. 204.80	Ducaten „ „ „ 9.60—65
Paris 100 Frs. 81.40	20-Francs-St. „ „ „ 16.24—28
Sten 100 fl. 167.50	Engl. Sovereigns „ „ „ 20.37—42
Disconto „ „ „ 3 %	Russische Imperial „ „ „ 16.78—77
Holländ. 10 fl. St. 16.65	Dollars in Gold „ „ „ 4.16—19

Tendenz: günstig.

Berliner Börse, 19. März. Kreditaktien 262.50, Staatsbahn 382.50, Lombarden 135.50, Disc. Commandit 107.50, Reichsbank 160. — Tendenz: günstig.

Wiener Börse, 19. März. Kreditaktien 155.80, Lombarden 80.20, Staatsbahn —, Anglobank 75.20, Unionbank —, Papapostbank 9.65 1/2. Tendenz: günstig.

New-York, 19. März. Gold (Schlußkurs) —.

Beantwortlicher Redacteur:

Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzog. Hoftheater.

Dienstag, 20. März. 2. Quartal. 41. Abonnement-vorstellung. Die Grille, ländliches Charakterbild in 5 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. Anfang 1/2 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 21. März. Die Grille, ländliches Charakterbild in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer. Anfang 1/2 7 Uhr.

